

BLICKPUNKT

DKP

Infopost der Deutschen Kommunistischen Partei Flensburg

Frieden für Libyen - Solidarität mit dem libyschen Volk!

Die NATO-Einsätze gegen Libyen erfolgen gegen das Regelwerk der Vereinten Nationen. Libyen hat kein anderes Land angegriffen. Es gefährdet nicht den Weltfrieden. Es gibt keinen Völkermord im Land, sondern allein interne Auseinandersetzungen um die Macht. Wer das Land regiert, ist keine Sache des Auslands, keine Fremdbestimmung, sondern allein eine Entscheidung des betroffenen Volkes. Das Völkerrecht verbietet ein militärisches Eingreifen von außen in die inneren Angelegenheiten eines Landes.

Der Vorwand der Aggressoren, sie wollten „Menschenleben retten“, ist angesichts ihres Bombenkrieges und der steigenden Opferzahlen absurd und zynisch. Springer- und andere Konzernmedien sowie öffentlich-rechtlichen Sender schweigen jedoch über die Toten, die Verstümmelten, die Zerstörungen, das Flüchtlingselend, die Vergiftung der Böden mit Uranmunition durch die NATO. Während der Deutsche Freidenker Verband, die Tageszeitung „Junge Welt“ oder die „Arbeiterfotografie“ schon sehr früh die Lügen der Medien entlarvten, hatten Lothar Bisky, für die Linke im Europäischen Parlament, oder der dänische Kommunist Frank Aaen, für die Enhedsliste im Folketing, einer solchen „Flugverbotszone“ über Libyen zugestimmt, die ermöglichte, daß die NATO jetzt Bomben über Libyen werfen. Wie beim angeblichen „Hufeisenplan“ gegen den Kosovo oder den nie gefundenen Massenvernichtungswaffen Saddam Husseins spielen die Medien wieder das perfide Spiel der NATO-Aggressoren.

Papst Benedikt XVI hat bereits drei-

mal von der NATO gefordert, die Bombenangriffe einzustellen. Der Präsident Südafrikas, Jacob Zuma, hat die NATO scharf verurteilt, weil sie die UN-Resolution 1973 "für einen Regime-Wechsel, für politische Morde und ausländische militärische Besatzung missbraucht". Und Fidel Castro reflektiert: "...niemand hat das Recht, die Existenz von Libyen als unabhängigen Staat und Mitglied der Vereinten Nationen in Frage zu ziehen."

Während Russland und China den Kriegseinsatz in Libyen verurteilen, wartet die Welt vergeblich auf diese Reaktion von der deutschen Bundesregierung, vor allem seit Deutschland den Vorsitz im Sicherheitsrat innehat. Das Verhalten der Bundesregierung ist doppelzünftig und verlogen: Sie hat der UN-Resolution, mit den die NATO ihre Aggression gegen Libyen rechtfertigt, nicht zugestimmt. Sie hat aber sämtlichen NATO-Beschlüssen zugestimmt und der US-Regierung die uneingeschränkte Nutzung ihrer Militärbasen in Deutschland gestattet.

In Libyen ist der Reichtum des Landes um einiges gleichmäßiger verteilt als in den meisten anderen Ländern der Region. Dank der Nationalisierung seines Ölreichtums verfügt Libyen über ein jährliches Pro-Kopf-Einkommen, das fast europäischen Standard erreicht. Die libysche nationale Bourgeoisie gibt von den Öleinnahmen wenigstens einen Teil für die Existenzsicherung der libyschen Staatsbürger weiter. Das hat zwar mit Sozialismus nichts zu tun, insofern ist es auch falsch, die Politik Gaddafis als „arabischen Sozialismus“ zu charakterisieren, steht aber im Widerspruch zur neoliberalen Ausplünderung und

Verschlechterung der Lebensbedingungen der NATO-Länder.

Wer hätte Interesse, das Land so sehr zu destabilisieren, dass Chaos und mörderische Gewalt plötzlich in offenbaren Vordergrund stehen und westliche Länder dazu veranlassen, unter dem Vorwand "humanitäre Intervention", ihre eigene Lesart von Freiheit dorthin exportieren zu wollen. Die führenden NATO-Staaten wollen das libysche Volk mit Bomben, Raketen und gegebenenfalls militärischer Besetzung dafür bestrafen, dass es seinen eigenen Entwicklungsweg geht, sich für die Einheit und Unabhängigkeit der arabischen Welt und Afrikas einsetzt und sich jeglicher Rekolonialisierung verweigert.

Wir fordern die Bundesregierung auf, in der NATO keinen Militäreinsätzen gegen Libyen zuzustimmen, keine Nutzung deutscher Einrichtungen dafür zu gestatten, keine Bundeswehrsoldaten dafür bereitzustellen. Mit der Abschaffung der Bundeswehr käme keine Bundesregierung in Versuchung, sich an einem Krieg zu beteiligen. Die Bundesregierung ist verantwortlich für den Tod und die massive Traumatisierung von Soldaten, die sie in den Einsatz schickt, aber auch für die Opfer der Waffengewalt der Bundeswehrsoldaten.

Wir rufen alle, die sich für Frieden, Völkerrecht und Menschenrechte mitverantwortlich wissen und den Menschen der Dritten Welt verbunden fühlen, zur Verweigerung aller Kriegsdienste, zu Protestaktionen und Demonstrationen auf: Dieser verbrecherische Angriffskrieg muß sofort gestoppt werden.

Ralf Cüppers